Große Anfrage der Fraktion der SPD

Beirätegesetz weiterentwickeln: Gesetzliche Grundlagen für Jugendbeiräte schaffen und Verfahrensrechte der Beiräte sichern

Die Beiräte haben eine außerordentlich wichtige Rolle im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements. Sie sind ein fester Bestandteil der kommunalen Struktur der Stadtgemeinde Bremen und wirken maßgeblich an den demokratischen Entscheidungen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen mit. Mit ihrer Beteiligung an den Entscheidungen der Exekutive tragen sie in erheblichem Maße dazu bei, dass die vor Ort vorhandene Sachkenntnis und Interessenlage berücksichtigt. Gerade in Zeiten finanzieller Notlage haben sich die Beiräte als eine Entscheidungsinstanz bewährt, die aufgrund ihrer ortspolitischen Kenntnisse besonders sparsam und effektiv im Umgang mit öffentlichen Finanzmitteln ist.

Im Stadtteil Schwachhausen ist ein „Jugendbeirat“ gewählt worden. Zwei Jugendliche werden als Jugendbeiräte an kommunalpolitischen Entscheidungen in ihrem Stadtteil mitwirken. In Kooperation sollen politisches Interesse, Demokratie und jugendliche Gestaltungsmöglichkeiten gefördert und gestärkt werden. Derzeit bietet das Beirätegesetz allerdings noch keinen ausreichenden und verlässlichen Rahmen für die Beteiligung der Jugendlichen an den Beiratsentscheidungen.

Die Einbeziehung junger Menschen in die kommunalpolitischen Entscheidungen muss mit Nachdruck betrieben werden, um ein politisches Interesse und Engagement zu wecken. Dabei sollten „echte“ Entscheidungsrechte geschaffen werden, um einen Anreiz zur Beteiligung zu bieten. Das Pilotprojekt „Jugendbeiräte“ in Schwachhausen sollte daher zum Ausgangspunkt genommen werden, um eine gesetzliche Regelung zu erreichen. Dabei könnten den Beiräten freigestellt werden, ob und wie sie jeweils für ihren Bereich Jugendbeiräte einrichten.

Sowohl aus anderen Stadtteilbeiräten wie auch aus der Öffentlichkeit gibt es ermutigende Kommentare, die die Idee von „Jugendbeiräten“ positiv begleiten. Das Innenressort hat jedoch in einer ersten Stellungnahme an den Beirat Schwachhausen im Wesentlichen rechtliche Bedenken geäußert. Demgegenüber wird nun an den Senat der Wunsch gerichtet, das Projekt im Grundsatz zu unterstützen und zu prüfen, wie im Rahmen bestehender rechtlicher Regelungen oder auch mit einer Veränderung der bestehenden Gesetze auf Landes- und kommunaler Ebene eine verlässliche Grundlage für die Arbeit von Jugendbeiräten gefunden werden kann.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die Initiative junger Bremerinnen und Bremer, sich in höherem Maße an Stadtteilpolitik zu beteiligen?
2. Hat der Senat die Absicht, in den anderen Stadtteilen Bremens die Gründung und die Arbeit von Jugendbeiräten zu fördern und zu unterstützen?
3. Wie beurteilt der Senat die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts zu Jugendbeiräten für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 bis 20 Jahren?

4. Wie steht der Senat zu folgenden möglichen Regelungen:
- a) die Festlegung der Amtszeit der Jugendbeiräte,
 - b) das Antragsrecht der Jugendbeiräte für die Beirätesitzungen,
 - c) den Zugang von Vertretern des Jugendbeirates auch zu den nichtöffentlichen Sitzungen des Beirates und seiner Ausschüsse,
 - d) die Unterstützung der Jugendbeiräte in ihrer Arbeit durch die Ortsamtleiter,
 - e) die Einbeziehung der Jugendbeiräte bei den Beratungen der Controllingausschüsse für das Anpassungskonzept für Jugendarbeit in den Stadtteilen,
 - f) die Möglichkeit der Einräumung von Verfügungsbefugnissen der Jugendbeiräte über einen Anteil ihrer Globalmittel durch die Beiräte,
 - g) die Einräumung einer Geschäftsordnungskompetenz für die Jugendbeiräte?

Wolfgang Grotheer, Hermann Kleen, Renate Möbius,
Dr. Joachim Schuster, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD